

Aus dem Inhalt:

Bundesobmann Mag. Walter Jahn

NACH DER WAHL

Zerstörung des differenzierten Schulsystems?

Seite 2



BUNDESTAGUNG 2006 ST. PÖLTEN

Rückblick

Seite 3

Dr. Wolfgang Hübl

DIE PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

Ausbildung und Weiterbildung

Seite 8

PERSONALIA

Seite 10

Martin M. Lintner OSM

GEDANKEN ZUM ADVENT

Was erwarten wir?

Seite 11

Bundesobmann Dir. Mag. Walter Jahn

Nach der Wahl

Zerstörung des differenzierten Schulsystems?



Die Nationalratswahl hat mit der SPÖ eine Partei zur stärksten gemacht, die für die Gesamtschule als Einheitsschule ohne Alternative - und daher auch ohne Vergleichsmöglichkeit - eintritt. Befürworter der Gesamtschule argumentieren mit höchst einseitig interpretierten PISA-Ergebnissen und behaupten, dass die Hauptschule heutzutage eine „Restschule“ wäre.

Dieser Behauptung widersprach Mag. Gerhard Riegler, Vorsitzender des AHS-Zentralausschusses, auf der von der VCL-Niederösterreich perfekt geplanten Bundestagung vehement. Seine Argumente, wie immer mit Zahlen und Fakten bestens belegt, finden Sie in dieser Ausgabe der VCL-News.

Gesamtschul-Legenden widerlegt

Es muss in der schulpolitischen Debatte darauf hingewiesen werden, dass sich die Gesamtschule in Deutschland überhaupt nicht bewährt hat. Die pädagogische Situation in Deutschland kann ja, im Gegensatz etwa zu jener in Finnland, seriös mit der österreichischen verglichen werden. Dr. Josef Kraus, Experte für das deutsche Schulsystem, zog bei der Bundestagung eine kritische Bilanz nach dreißig Jahren Gesamtschule:

„In den allermeisten deutschen Ländern ist die Frage nach der Struktur des deutschen Schulwesens auf längere Sicht politisch eindeutig beantwortet. Die Gesamtschule hat ihre Chance gehabt - und sie hat versagt.“ Das Referat von Dr. Kraus finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

Finnlands PISA-Erfolg hat Gründe, die mit der Gesamtschule überhaupt nichts zu tun haben: Schulgrößen von durchschnittlich 120 (!) Schülerinnen / Schülern pro Schule, durchschnittliche Klassengrößen von 18,2, dazu ein Migrantenanteil von nur 1,2 %, eine ausgeprägte Lesekultur und das Fehlen finnisch synchronisierter Fernsehunterhaltung - finnische Jugendliche müssen auch beim Fernsehen lesen.

Wer die PISA-Website aufsucht, findet dort eine wichtige Korrektur: „PISA 2000 und PISA 2003: Vertiefende Analysen und Beiträge zur Methodik“. Die OECD stellt zur 2006 in Graz von Erich Neuwirth, Wilfried Grossmann und Ivo Ponocny herausgegebenen Publikation fest: „... describes modifications (agreed to by the OECD) ... to reproduce the Austrian PISA target population more accurately.“¹

Wer die interaktive Datenbank zu PISA 2003 verwendet, um österreichische und finnische Daten zum „Student Questionnaire“ zu vergleichen, kann sich davon überzeugen, dass in beiden Ländern die Schüler/-innen und Schüler sehr zufrieden sind. Der Behauptung „Ich komme mit meinen Lehrern gut aus“ stimmen sowohl in Österreich wie auch in Finnland etwa 72 % zu.²

Bei PISA 2000 wurden im „Student Questionnaire“ andere Bereiche untersucht. Bei der Frage, durch welche Faktoren Schüler/-innen beim Lernen behindert werden, schnitt Österreich deutlich besser ab.³

Weiterentwicklung statt Zerstörung

Die so gern instrumentalisierte PISA-Studie klammert außerdem einen Bereich aus, in dem österreichische höhere Schulen Spitze sind: den Fremdsprachenunterricht. Es liegt auf der Hand, dass ein höheres Niveau erreicht werden kann, wenn schon in der Sekundarstufe 1 vorhandene Begabungen durch schnelleren Spracherwerb genutzt werden. Die Gesamtschule würde talentierte Schüler/-innen vier Jahre lang behindern.

In allen Gesamtschulländern blühen die Privatschulen, weil wohlhabende Eltern vor den öffentlichen Gesamtschulen in einen privaten Sektor fliehen, der mit den österreichischen katholischen Privatschulen und deren aus sozialen Gründen moderatem Schulgeld nichts gemein hat: Der Besuch der besten britischen Schulen steht nur den Kindern der Bestverdiener offen. Lernwillige und begabte Kinder aus einfachen Verhältnissen werden durch ein differenziertes Schulangebot besser gefördert als in Gesamtschulen, die nur mehr den privaten Sektor als Konkurrenz haben.

Trotz aller Argumente gegen die Gesamtschule ist es jedoch notwendig, an eine Weiterentwicklung im städtischen Bereich - wo heute weder AHS noch Hauptschule ihre optimale Leistung erreichen können - zu denken. Die VCL hat daher zum Thema „Differenzierte Schule im städtischen Raum“ in Wien einen Arbeitskreis gegründet.

Es muss ein Modell gefunden werden, das - mit größter horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit - optimale Förderung für jedes Kind sowie Chancengerechtigkeit trotz verschiedener Begabungen und verschieden schneller Entwicklung garantiert. Dabei kann der Blick über die Grenzen helfen: In den Niederlanden z.B. beruht der Übertritt ins Gymnasium auf drei Faktoren: Elternwunsch, Lehrerbeurteilung und Ergebnisse eines standardisierten Tests. Mindestens zwei Faktoren müssen positiv sein.

Ich hoffe, dass es uns trotz der politischen Veränderungen gelingt, die flächendeckende Gesamtschule zu verhindern und unsere höheren Schulen vor der Zerstörung zu bewahren, und bitte Sie um Unterstützung unseres Anliegens. Bitte schreiben Sie Leserbriefe und informieren Sie in Ihrem Bekanntenkreis.

1) http://www.oecd.org/document/62/0,2340,en_32252351_32236159_34575550_1_1_1_1,00.html

2) http://pisaweb.acer.edu.au/oecd_2003/oecd_pisa_data_s2.php

3) http://pisaweb.acer.edu.au/oecd/oecd_pisa_data_s2.php



Mag. Gerhard Riegler (Vorsitzender der ÖPU-Österreich)

„Schülerströme in einem vielfältigen Bildungswesen zwischen Realität, politischem Willen und Propaganda“

Auszug aus einem Referat von der Bundestagung der VCL (29. September 2006)

Die „Nahtstelle mit 10“ steht seit Jahrzehnten im Brennpunkt einer politischen Diskussion, die zuletzt wieder deutlich an Intensität zugenommen hat. Noch vor wenigen Jahren haben sich auch namhafte Vertreter/innen der politischen Kräfte, die in vergangenen Jahrzehnten für eine Gesamtschule eingetreten waren, von dieser Vision distanziert. Angeheizt wurde diese Thematik jetzt aber durch die Ergebnisse der PISA-Studie im Dezember 2004, bzw. durch das, was DDr. Haider als die Ergebnisse darstellte und was Politik und Medien daraus machten.

Die Hauptschule wird nun wieder als Restschule diffamiert, die das Bildungsniveau schädige und die Menschen zu früh einer Selektion unterziehe und dies weniger nach ihrer Anlage und Bildungsfähigkeit, sondern mehr nach ihrem sozioökonomischen Hintergrund. Die Hauptschule ist alles andere als eine Restschule: Im Schuljahr 2003/04 zählten die Hauptschulen bundesweit um über 31.000 Schüler/innen mehr als 1990/91 - eine Zunahme von 13% innerhalb von nur 13 Jahren! Weit mehr als doppelt so viele Schüler/innen besuchen gegenwärtig die Hauptschule als die AHS-Unterstufe, das Verhältnis lautet nämlich 69%:31%. In den letzten fünf Jahren hat sich der Anteil der AHS-Unterstufe im Durchschnitt pro Jahr um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Bis es bei diesem Trend bloß zu einer quantitativen Gleichstellung von Hauptschule und AHS-Unterstufe käme, würden noch über 60 Jahre vergehen.

Ich glaube, dass diese Zahlen die Manipulation mithilfe des für die Hauptschule diffamierenden Begriffes „Restschule“ mehr als deutlich belegen.

Nicht einmal in Wien kann die Hauptschule als „Restschule“ betrachtet werden, in Wien ist auch kein Hauptschulsterben zu verzeichnen. Ihr Anteil liegt konstant bei 50%. Dieses 50:50-Verhältnis beschränkt sich aber nicht nur auf Wien, sondern ist teilweise auch in anderen Landeshauptstädten zumindest annähernd gegeben. Außerhalb der städtischen Ballungsräume, also in Kleinstädten und ländlichen Regionen Österreichs, liegt der Anteil bei deutlich unter 20 Prozent. Diese völlig unterschiedliche Situation zwischen Stadt und Land ist

nichts Neues, muss aber unbedingt mitbedacht werden, wenn Reformen diskutiert werden - zumindest dann, wenn sie zu Verbesserungen führen sollen.

Die Dramatik der Situation, vor der wir stehen bzw. in der wir uns schon befinden: Die Jahrgänge, die diese Nahtstelle mit 10 passieren, nehmen infolge der demographischen Entwicklung quantitativ rapide ab. Die AHS-Unterstufe wird sich, wenn nicht rechtzeitig gehandelt wird - und dafür ist es bereits 5 Minuten vor 12 -, wie von selbst füllen - auf Kosten ihrer Qualität! Auf der anderen Seite droht die Hauptschule das quantitative Minus ungeteilt und damit mit umso größerer Vehemenz abzubekommen.

Eine dieser unverzüglich zu setzenden bildungspolitischen Maßnahmen ist die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 25, mit der ersten und fünften Schulstufe beginnend, ab Herbst 2007 aufsteigend. Versprochen wurde die Absenkung von allen politischen Parteien, wir werden die Parteien an ihre Versprechungen mit Nachdruck erinnern.

Wenn die Senkung der Klassengröße und andere ergänzende Maßnahmen nicht getroffen werden, könnte ein Erdbeben entstehen, das das differenzierte Schulwesen Österreichs verschüttet. Aus diesem schlammigen Boden würde dann eine staatliche Gesamtschule sprießen, die von einem florierenden Privatschulwesen internationalen Zuschnitts umgeben wäre - und damit meine ich nicht konfessionelle Privatschulen, sondern teure Privatinstitute, die staatlichen Gesamtschulen wie das Amen dem Gebet folgen. Diese Art von Selektion träte an die Stelle derer nach Leistung, wenn dem öffentlichen Bildungswesen die Differenzierung geraubt wird. Wenn sich die ideologische Fixiertheit auf eine staatliche Einheitsschule mit den Sparinteressen eines Finanzministers paart, ist eine radikale Richtungsänderung keineswegs auszuschließen.

Dass das österreichische Bildungswesen bisher weitestgehend öffentlich finanziert wurde, sollte und wird hoffentlich als besonders hoher Wert unseres Schulwesens erkannt und damit erhalten!

1 Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch 2006

Direktor Dr. Josef Kraus

Rechtliche Vorgaben und praktische Erfahrungen beim Übergang an weiterführende Schulen am Beispiel Bayerns

Auszug aus einem Referat von der Bundestagung der VCL

Der Freistaat Bayern hat bei den beiden PISA-Studien 2000 und 2003 im innerdeutschen Vergleich mit Abstand am besten abgeschnitten. Bayern ist zugleich das einzige deutsche Land, das bei PISA 2003 im PISA-Schwerpunkt Mathematik mit 533 Punkten ganz nahe an die internationale PISA-Spitze heranreicht (Spitzenreiter Finnland hat hier 544) und sich damit unter den ersten fünf auf der internationalen PISA-Skala placieren kann. Für Josef Kraus, den Präsidenten des Deutschen

Lehrerverbandes, ist dieses gute bayerische PISA-Ergebnis vor allem darauf zurückzuführen, dass Bayern ein hochdifferenziertes gegliedertes Schulwesen hat, das sich von der Schulstruktur anderer deutscher Länder zum Teil erheblich unterscheidet. Wie die Differenzierung des bayerischen Schulsystems nach der vierjährigen Grundschule in der Praxis aussieht, das hat Kraus bei der VCL-Bundestagung in St. Pölten dargestellt. Er hat die schul- und prüfungsrechtlichen Vorgaben beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium bzw. zur Realschule bzw. zur Hauptschule beschrieben und ist dabei im Detail auf die Rechte der Eltern eingegangen, auf die Notenvoraussetzungen, auf das Übertrittszeugnis der Grundschule und auf das Verfahren des so genannten Probeunterrichts für bedingt geeignete Schüler. Außerdem hat Kraus die Validität des Grundschulgutachtens analysiert und kam auch auf die Möglichkeiten der vertikalen und horizontalen Durchlässigkeit der einzelnen Schulformen zu sprechen. Zur Sprache kamen auch die bayernweiten sowie die zum Teil regional unterschiedlichen Schüleranteile der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.



... wie die Ausstellungen der Österreichischen Nationalbibliothek. Die größte Sammlung an Papyri, literarische Nachlässe und bibliophile Kostbarkeiten werden den Besuchern präsentiert. Wir unterstützen diese Arbeit.


österreichische
LOTTERIEN

Zur Person: Dr. Josef Kraus ist ein erfahrener Schulpraktiker. Er ist Gymnasiallehrer und Dipl.-Psychologe. Von 1980 bis 1995 war er neben seiner Unterrichtstätigkeit auch als Schulpsychologe für die weiterführenden Schulen im Regierungsbezirk Niederbayern und als Ausbilder von angehenden Schulpsychologen tätig. Seit 1995 ist Kraus Oberstudien-direktor am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium Vilsbiburg im Landkreis Landshut.

Das gesamte Referat und andere interessante Referate von Dr. Kraus finden Sie auf unserer Homepage.

Machen Sie jetzt den Vorsorge Check mit Ihrem Kundenbetreuer.

■ In einem persönlichen Gespräch definieren Sie gemeinsam Ihre Vorsorgewünsche. Ihr Kundenbetreuer ermittelt Ihren individuellen Vorsorgebedarf und erstellt eine maßgeschneiderte Lösung für Sie.

Es gibt gute Gründe vorzusorgen:

- Sie haben später in Ihrer Pension noch einiges vor.
- Sie wollen, dass Sie und Ihre Lieben rundum versorgt sind.
- Sie möchten gegen Unfälle und Krankheiten finanziell gewappnet sein.
- Sie wollen Ihr Eigentum absichern.

Überlassen Sie Ihre Zukunft nicht dem Zufall:

Gemeinsam mit unseren Partnern s Versicherung, s Bausparkasse und ERSTE-SPARINVEST bieten wir Ihnen ein umfassendes Service. Ihr Kundenbetreuer berät Sie gerne. Und Sie haben die Sicherheit, die Sie wünschen – ganz unkompliziert, aus einer Hand.

Alles, was Sie tun müssen:

Vereinbaren Sie jetzt einen Gesprächstermin für Ihren persönlichen Vorsorge Check:

- direkt bei Ihrem Kundenbetreuer,
- über die Infoline 050100 – 50500 (österreichweit zum Ortstarif)
- oder auf www.erstebank.at

Weitere Informationen erhalten Sie in jeder Erste Bank – Filiale oder bei Ihrem BETRIEBSRAT/PERSONALVERTRETER.

ERSTE 
BANK
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Margit Johannik

Probleme der Schnittstellen

Auszug aus einem Referat von der Bundestagung der VCL

Selection & Control

Einleitend möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass meine Ausführungen ein allgemeines Stimmungsbild wiedergeben. Sie berücksichtigen nicht die vielen positiven und gelungenen Überführungen der Schüler einer Volksschule in eine AHS. Sie geben meine persönlichen Eindrücke wieder, und entsprechen unter Umständen nicht der offiziellen Meinung des Bundeselternverbandes. Ich versuche jene Probleme zusammenzufassen, denen ich im Laufe meiner Funktionsperiode begegnet bin.

Schnittstelle und Problematik

Bis zu dem Zeitpunkt da ich Elternvertreterin in einem Österreichischen Schulsystem wurde, wusste ich nicht, dass der Übergang von einer Volksschule in eine weiterführende Schule überhaupt ein Problem sein könnte. Meine Kinder sind in das Lycee francais de Vienne gegangen. Eine Schule, die vom Kindergarten bis zur Matura, alles in einem Haus anbietet. Ich habe das für einen großen Vorteil gehalten, weil sich die Geschwister immer im Blickfeld hatten, die Lehrer guten Kontakt pflegten, das Mittagessen, die langen Pausen und die Organisation einer Ganztagschule meiner Vollberufstätigkeit sehr entgegen kam. Ständiger Lehrerwechsel zieht sich großteils durch das ganze Schulleben. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich kein Verfechter der Gesamtschule bin. Ich halte das Bekenntnis zur Differenzierung für ehrlicher, da in der Praxis nicht anders durchführbar. Es sind nun einmal nicht alle Kinder gleich. Es gilt aber die Probleme die ein Übergang bereiten kann zu beachten und entsprechend darauf zu reagieren.

Schnittstelle wird nur dann zur Problematik, wenn es eine echte Zäsur gibt.

Das Österreichische System zielt darauf ab, die Kinder auf Perioden bzw. Lebensabschnitte vorzubereiten.

Kindern, die dem Kindergarten entwachsen, wird immer wieder gesagt, dass sich in der Schule das Leben ändert, das wird ganz was Neues, jetzt bist du schon groß.... Der Erwartungsdruck der Kinder auf den 1. Schultag wird am Köcheln gehalten.

Das setzt sich am Ende der Volksschule fort. Mit einer Steigerung: jetzt ist nicht das Alter entscheidend, sondern erstmals entscheidet die Note und die regionalen Möglichkeiten, welche Schullaufbahn das Kind einschlagen kann. Hat das Kind in der Volksschule noch das Recht auf einen Schulplatz, ist dies mit Übertritt am Ende der 4. Klasse nicht mehr der Fall. Kinder haben kein Recht auf einen AHS Platz, ganz gleich wie gut sie sind. Es müsste für alle Schüler die Möglichkeit offen sein, in die Schule ihrer Wahl zu wechseln. Erfüllt ein Kind die Voraussetzungen, kann aber nicht wählen, weil es keine AHS in

der Nähe gibt, bzw. weil die, die es gibt, voll ist, so erzeugt das einen Frust bei Schülern und Eltern. Mit Recht.

Und daraus ergibt sich ein Problem. Eltern fangen an zu hinterfragen. Die Enttäuschung einer Absage führt dazu, dass sich Familien benachteiligt fühlen. Eltern übertragen die Enttäuschung einer Absage auf die Kinder, noch häufiger aber auf die Lehrer. Die Zäsur besteht nicht darin, dass ein Kind in eine weiterführende Schule überführt wird, sondern darin, dass für viele, in einer nicht nachvollziehbaren Weise, die Schulwahl von außen gelenkt wird. Ohne Mitspracherecht der bis dahin ständig eingebundenen Eltern.

Ist wirklich immer der Schüler Schuld?

Viel zu selten sind Eltern über das Klassenniveau informiert. Wo steht das eigene Kind? Wie ist die Leistung des eigenen Kindes einzuordnen? Sind jene, die in eine AHS aufgenommen wurden, tatsächlich geeigneter? Hat es an der Schule wirklich alle Voraussetzungen gegeben, damit der Übertritt in eine AHS ermöglicht wird? Sind alle möglichen Fördermaßnahmen angeboten worden? Eine Leistungsbeurteilung, auch wenn sie nach transparenten Kriterien durchgeführt wird, ist nur dann für alle nachvollziehbar, wenn sie nicht nur individuell erklärbar ist. Sie hat eine besondere Aussagekraft, wenn man das Klassenniveau kennt. Werden laufend Schüler in eine AHS überlassen, die das erwartete Niveau nicht haben, ist eine Überprüfung des Lehrers, der die Kinder auf das erforderliche Niveau hätte bringen müssen legitim.

Der Ruf eilt auch einer Schule voraus.

Schulen, die von Eltern gemieden werden, weil sie für ihr niederes Niveau berüchtigt sind, gehören abgeschafft. Sie sind eine Zumutung für jene, die sie nicht meiden können. Wer wisend Kinder schlechten Schulen zuteilt, ist mitverantwortlich für ein eventuelles Scheitern. Wer akzeptiert, dass auf dem Rücken der Kinder mangelnde Lehrkompetenz nicht geahndet wird, macht sich mitverantwortlich für die Probleme, die Kinder auf ihrem Bildungsweg begegnen. Wer es sich aber zur Aufgaben gemacht hat, Bildung zu vermitteln und junge Menschen auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten, hat dies mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft zu tun. Auf ehrliche und transparente Weise. Kinder fordern und fördern, ihnen die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung zu geben, indem sie ein ehrliches Feedback erhalten, das für alle nachvollziehbar ist, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Probleme werden oft künstlich herbeigeführt. Da muss angesetzt werden.

Zur Person: Margit Johannik ist Geschäftsfrau in Wien, war lange Jahre Vorsitzende des Bundeselternverbandes der Elternvereinigungen an mittleren und höheren Schulen Österreichs und ist nunmehr dessen Geschäftsführerin.

Das gesamte Referat finden Sie auf unserer Homepage.

25 Kinder pro Klasse!

NIEDERÖSTERREICH MACHT DEN ANFANG.

**Schon ab dem kommenden Schuljahr gilt an unseren Pflichtschulen:
Maximal 25 Schüler in den 1. Klassen.**

Wir alle wissen: So wichtig für die Eltern die Schule ihrer Kinder ist,
so wichtig ist die Ausbildung der Jugend für die Zukunft unseres Landes.
Und wir alle wissen: Kleinere Klassen bedeuten mehr Aufmerksamkeit,
mehr Förderung – und besseren Unterricht für die Schüler.

Deshalb werden wir in Niederösterreich nicht warten, ob und wann
die Klassenschülerhöchstzahlen bundesweit geregelt werden.

Schon ab dem Schuljahr 2007/2008 führen wir in Niederösterreich
die Höchstzahl von 25 Schülern pro Klasse ein.
Den Anfang machen wir mit allen 1. Klassen unserer Volksschulen und
Hauptschulen und in Polytechnischen Schulen.

Allein das bedeutet eine enorme finanzielle Anstrengung.
Aber es ist eine Anstrengung, die sich lohnt. Denn wenn es um die Zukunft
unserer Kinder geht, gilt: Besser investieren als Zeit verlieren.



Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

WIR HABEN NOCH VIEL VOR.



Dr. Wolfgang Hübl (PI-Salzburg)

Die Pädagogischen Hochschulen

Im Hochschulgesetz 2005 wird eine neue Organisationsstruktur festgelegt, die die bisherigen Institutionen der Pädagogischen Akademien und der Pädagogischen Institute (mit Ausnahme der kirchlichen Institutionen) zusammenführt. Damit wird die Lehrer/innenbildung (mit Ausnahme der Ausbildung für die höheren Schulen, die an der Universität verbleibt) in einer Institution vereint.

Diese neuen Pädagogischen Hochschulen werden ihren Betrieb mit 1. Oktober 2007 aufnehmen. Zum derzeitigen Zeitpunkt sind die neuen Rektorate bereits bestellt und haben die Aufgabe, im kommenden Wintersemester einen Organisations- und Ressourcenplan für den jeweiligen Standort zu erstellen. Obwohl zum derzeitigen Zeitpunkt die inneren Strukturen der Pädagogischen Hochschulen noch nicht festgelegt sind, sollten einige interessante Entwicklungsmöglichkeiten, betreffend Ausbildung einerseits und Fort- / Weiterbildung andererseits, festgehalten werden.

Akademisierung der Ausbildung für Pflichtschullehrer/innen

Ein wesentlicher Beweggrund für das Hochschulgesetz war der unbefriedigende Zustand, dass - im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten - die Ausbildung der Pflichtschullehrer/innen in der EU nicht als akademische Ausbildung anerkannt wurde. Die Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten wurde zwar ausdrücklich in der nationalen Souveränität belassen (Maastricht 1992), es wurde jedoch beschlossen, einen gemeinsamen Hochschulraum mit wechselseitig anerkannten Abschlüssen einzurichten (Bologna 1999). Dies bedeutet im Wesentlichen eine Dreigliederung des Studiums: Baccalaureat (Bachelor) - Magister (Master) - Doktorat (PhD). Auch die Universitäten werden die Lehramtsstudien ab 2008 zweistufig (Baccalaureat und Magister) anbieten.

Damit sind die Pädagogischen Hochschulen aber längerfristig nur ein Übergang zu einer gemeinsamen Lehrer/innenausbildung an erziehungswissenschaftlichen Fakultäten. Es hätte auch viele sachliche Gründe dafür gegeben, diese Entwicklung bereits jetzt einzuleiten, aber es fehlt derzeit dazu der politische Wille.

Das Bildungskontinuum schafft Synergien

Die organisatorische Einheit der Pädagogischen Hochschule wird eine stärkere Verschränkung von Ausbildung und Fort- und Weiterbildung - nicht nur für die Pflichtschullehrer/innen - ermöglichen und dadurch die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Bereichen erleichtern.

In einer sich rasch weiterentwickelnden Gesellschaft ist es nicht mehr möglich, in der Ausbildung das Rüstzeug für die

nächsten 40 Jahre im Schuldienst mitzugeben. Die Erstausbildung kann nur eine solide Grundlage an fachlichem und didaktischem Wissen schaffen. Daran schließt sich die Berufsbegleitung durch die Fort- und Weiterbildung an, sowohl was fachliche Neuerungen betrifft als auch für die Praxis des Unterrichtens. Diese Begleitung muss der eigentliche Kernbereich der Pädagogischen Hochschule werden, schon allein durch die große Zahl der zu betreuenden Lehrer/innen und durch die lange vor ihnen liegende Dienstzeit. Wo ergeben sich nun die Synergien?

Einerseits können im Dienst befindliche Lehrer/innen eingeladen werden, an Seminaren gemeinsam mit Studentinnen und Studenten der Erstausbildung teilzunehmen und dort ihre Unterrichtserfahrungen einzubringen.

Andererseits - und das scheint mir noch viel wesentlicher - ist die Erstausbildung in einen ständigen Rückmeldeprozess aus der Praxis einzubinden, sodass theoretische Konzepte laufend adaptiert werden können. Die Theorie steht im Dienst der Praxis und bekommt von dort laufend Impulse, sodass das Angebot in der Ausbildung nach den Erfahrungen und Notwendigkeiten der Schulwirklichkeit laufend adaptiert werden kann. Durch die nun zu schaffende organisatorische Nähe von Ausbildung und Fortbildung wird es auch möglich sein, Räumlichkeiten öfter als bisher gemeinsam zu nützen, Konferenzen zu bestimmten fachlichen Bereichen gemeinsam durchzuführen und vor allem auf dem Gebiet der berufsfeldbezogenen Forschung und bei Publikationen gemeinsame Projekte zu verwirklichen.

Ausbildung versus Fort- und Weiterbildung:

Wie weit geht die Gemeinsamkeit?

Wie ausgeführt, ist eine enge Zusammenarbeit der die Ausbildung einerseits und die Fortbildung andererseits betreuenden Personen nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Trotzdem muss festgehalten werden, dass es zwei sehr unterschiedliche Bereiche sind. Einige Kennmerkmale der Primärausbildung sind: ein festes Curriculum; ein kontinuierliches, zyklisches Kursangebot, sechssemestrige Ausbildung mit akademischem Abschluss, „Stehender“ Lehrkörper, Studierende ohne Unterrichtspraxis, Verbindung von Theorie und Praxis in den Besuchsschulen; erstes Sammeln von Unterrichtserfahrung. Einige Kennmerkmale der Fort- und Weiterbildung sind hingegen:

Bedarfsorientierte Angebote für eine heterogene Zielgruppe; individuelle Fortbildungskonzepte für den jeweiligen Schulstandort; flexibler Einsatz von Expertinnen und Experten mit Lehraufträgen; enge Kooperation mit lokaler Schul-

behörde; Eingehen auf schulinterne Fortbildungsnotwendigkeiten; Konzeption und Beratung zu Maßnahmen der Schulentwicklung; Methodik der Erwachsenenbildung.

Die in beiden Institutionen bisher tätigen Akademielehrer/innen haben sich in ihren jeweiligen Fachbereichen Expertenwissen angeeignet, das natürlich weiterhin zur Verfügung stehen muss, und zwar in den jeweiligen oft sehr personbezogenen Bereichen. Ausbilder/innen sind daher nicht automatisch Fortbildner/innen und umgekehrt. Durch die engere Kooperation werden sich diese Bereiche sicher annähern, aber von den Aufgabengebieten her werden die Unterschiede auch weiterhin deutlich sichtbar sein.

Forschung als Wesensmerkmal der Pädagogischen Hochschule

Jede vernünftige Weiterentwicklung im Schulwesen basiert nicht auf Annahmen, sondern auf der Auswertung gemachter Erfahrungen und Erhebungen. Jede Theorie hat sich in der Praxis zu beweisen und sich der Evaluation zu stellen. Das geeignete Mittel dazu ist das wissenschaftlich abgesicherte Instrumentarium der berufsfeldbezogenen Forschung.

Forschung geschieht aber nicht zufällig, sondern ist mit konkreten Arbeitsaufträgen und den dafür notwendigen zeitlichen und finanziellen Ressourcen verbunden. Wenngleich beide Institutionen auch bisher einen Forschungsauftrag hatten, so wurde dieser Bereich doch weit weniger bearbeitet, als es nötig gewesen wäre, da es eben an den notwendigen Mitteln fehlte. Die Pädagogische Hochschule ermöglicht durch einen klaren Forschungsauftrag die Entwicklung entsprechender Strukturen, um diesem Bereich den ihm gebührenden Stellenwert zuzuerkennen.

Kooperation mit den Universitäten

Die Pädagogische Hochschule ist zwar für die Fort- und Weiterbildung aller Lehrer/innen zuständig, bietet jedoch die Erstausbildung nur für Lehrer/innen an Pflichtschulen an. Eine inhaltlich sinnvolle Verschränkung von Ausbildung und Weiterbildung findet daher nur im Bereich der Pflichtschulen statt, wenn nicht Anstrengungen unternommen werden, eine enge Kooperation mit der Universität einzugehen, um diese

Verschränkung auch für die Lehrer/innen an höheren Schulen zu ermöglichen.

Wenngleich diese Zusammenarbeit in einigen Bereichen, zum Beispiel in der Fachdidaktik und im Schul- und Unterrichtspraktikum, längst etabliert ist, kann sie ausgebaut werden und damit ein fester Bestandteil in der Fort- und Weiterbildung der Lehrer/innen an Höheren Schulen werden. Ich denke da unter anderem auch an gemeinsame Forschungsprojekte aus der Berufspraxis, die die Universitäten als Ausbildungsinstitution viel stärker als bisher in die aktuelle Unterrichtssituation einbindet.

Diese Kooperation könnte aber sinnvollerweise - nachdem im Hochschulgesetz eine straffe hierarchische Struktur vom Ministerium ausgehend geschaffen wurde - vom BMBWK über die Pädagogischen Hochschulen gesteuert werden. Pädagogische Anliegen, die dem Staat wichtig sind, sollten vor allem über diese Hochschulen vorangetrieben werden. Es macht daher die derzeit zu beobachtende Praxis der Auslagerung von Projekten an die Universitäten oder die Schaffung von weiteren Bundesinstituten wenig Sinn und führt zu Mehrgleisigkeiten und damit zur Zersplitterung von Energien und Ressourcen.

Praxisschulen

Die Idee der derzeitigen Übungsschulen, die ja der Pädagogischen Hochschule weiterhin angegliedert bleiben, sollte auf die Höheren Schulen übertragen werden, allerdings in Abänderung der bisherigen Praxis von auf unbestimmte Zeit fixierten Übungsschulen. Diese Kooperation mit Praxisschulen soll in zeitlich befristeten Verträgen mit ausgewählten Höheren Schulen stattfinden. Damit ist die entsprechende Flexibilität der Hochschule gewahrt und die Auswahl der Schule(n) kann je nach vorhandener Fragestellung und Kompetenz vorgenommen werden.

Die Pädagogische Hochschule hat die Chance, zu einem alle Bereiche der Lehrerbildung einschließenden Instrument zu werden, wenn es gelingt, die teilweise voneinander divergierenden Strukturen der bestehenden Einrichtungen unter Beibehaltung ihrer Stellenwerte zusammenzuführen und eine feste Achse der Kooperation mit der Universität zu etablieren.



Die VCL wünscht
allen Kolleginnen und Kollegen
ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein Gutes Neues Jahr.

Auszeichnungen und Ernennungen

Der Herr Bundespräsident hat das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen an:

Dir. Dr. Karl-Heinz Kritzer,
Religionspädagogisches Institut der Erzdiözese Salzburg
Gaisbergstraße (S)

Josef Öfferl,
BG/BRG Laa an der Thaya, Bezirk Mistelbach (NÖ)

Der Herr Bundespräsident hat den Berufstitel Oberstudienrätin/Oberstudienrat verliehen an:

Prof. Mag. Johann Bachleitner,
Musisches Gymnasium Salzburg, Haunspergstraße (S)

Prof. Mag. Helga Bayer,
BG und wiku BRG Linz, Körnerstraße (OÖ)

Prof. Mag. Peter Craigher, Albertus Magnus Schule
der Marianisten in Wien XVIII, Semperstraße

Prof. Mag. Josef Gassner,
Bischöfliches Gymnasium Paulinum in Schwaz (T)

Prof. Mag. Dr. Christine Kungl,
BG/BRG Wien VIII, Albertgasse

Prof. Mag. Annemarie Lukas,
BG/BRG für Berufstätige Graz, Lichtenfelsgasse (Stmk.)

Prof. Mag. Josef Maier,
BG/BRG Stainach, (Stmk.)

Prof. Mag. Walter Mair,
BRG Innsbruck, Adolf-Pichler-Platz (T)

Prof. Mag. Fritz Ruhland,
Privates RG und ORG Marianum, Wien XVIII, Scheidlstraße

Die Ernennungen und Auszeichnungen wurden bis einschließlich Oktober 2006 berücksichtigt!

Österreich braucht uns. Jeden Tag.



göd.fcg



Martin M. Lintner

Gedanken zum Advent

Liebe Leserinnen und Leser,

neulich erzählte mir ein Freund, wie er einmal bei seinem Onkel zu Besuch war. Der ältere, manchmal schon etwas verwirrte Herr sprang plötzlich auf: „Komm, ich fahr dich irgendwo hin!“ Neugierig stieg mein Freund mit ins Auto, gespannt, wohin der Ausflug führen werde. Nach einiger Zeit gewann er den Eindruck, dass sein Onkel ziellos durch die Gegend fuhr. Schließlich fragte er den überglücklich hinter dem Steuer sitzenden Chauffeur, wohin die Reise gehe: „Ich weiß es nicht, aber wir kommen gut voran“, antwortete ihm dieser.

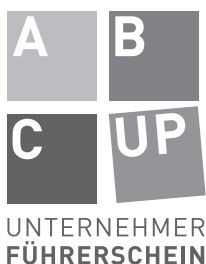
Diese Begebenheit mag zum Schmunzeln anregen, sie stimmt aber auch nachdenklich. Ich glaube, dass sich in ihr die Lebenssituation vieler Menschen widerspiegelt, die den Eindruck haben, dass sich der Rhythmus ihres Lebens zusehends beschleunigt, während in der Sorge darum, mit diesem Rhythmus Schritt halten zu können, wichtige Fragen in den Hintergrund treten, etwa die nach der Ausrichtung des schnellen Schrittes. Der Advent ist eine Zeit, die uns geschenkt ist, um den Schritt zu verlangsamen und zu schauen, ob denn die Richtung noch stimmt.

Der Begriff „Advent“ macht deutlich, dass es nicht um Vergangenheit geht, sondern um Zukunft. Die Feier des Geburtsfestes Christi, auf die wir uns vorbereiten, steht ganz im Zeichen der Erwartung seiner Wiederkehr: Er, der einst eingetreten ist in die Geschichte von Welt und Mensch, wird wiederkommen, um die Erlösung von Welt und Mensch zu vollenden. Wir stehen in dieser „eigenartigen“ Spannung von Vergangenheit und Zukunft. Was einst als geschichtlich fassbares Ereignis begonnen hat, in seiner Vollendung aber noch aussteht, bricht sich Bahn in der Gegenwart. Für uns Christinnen und Christen stellt die Erlösung, von der wir glauben, dass sie im Heilsgeheimnis Christi - und dieses umfasst als eine untrennbare Einheit die ganze Spanne von der Menschwerdung über Leben und öffentliches Wirken bis hin zu Tod und Auferstehung Jesu - schon gewirkt ist, die Grundrichtung unseres Lebens dar. Obwohl die Erlösung schon gewirkt ist, und zwar unumkehrbar, steht sie in ihrer Vollendung noch aus. Aber weil sie geschehen ist, bleibt sie in ihrer Vollendung zugleich unausweichlich im Kommen. In diese Spannung sind wir eingebunden. Wir erwarten die Vollendung dessen, was wir als Gedächtnis feiern, was zugleich aber unsere Gegenwart durchdringt und durchformt. Vielleicht liegt hier der springende Punkt dessen, worum es (nicht nur) in der Adventzeit geht: Was erwarten wir? Genauer: Wen erwarten wir? Und was erwarten wir von ihm,

den wir erwarten? Wir erwarten Christus, und von ihm erwarten wir die Erlösung, weil wir glauben, dass er Unvollendetes vollendet, Fragmentarisches „ganz macht“, Heilloses heilt. Was berechtigt uns, dies zu glauben? Die Erinnerung an das, was geschehen ist: Dass uns in Christus „die barmherzige Liebe Gottes besucht hat“ (vgl. Lk 1,78), weil er sein ganzes Leben unter jene bedingungslose Hingabe gestellt hat, die sich als „roter Faden“ oder als „Leitmotiv“ von seiner Geburt bis zu seinem Tod am Kreuz durchhält (vgl. Phil 2,6-8). Wieder: Was berechtigt uns, zu glauben, dass dies auch stimmt? Das Zeugnis derer, die uns die Erinnerung an das, was geschehen ist, überhaupt erst ermöglichen. Wir bleiben auf dieses Zeugnis angewiesen, zuallererst auf das Zeugnis jener, die in den Schriften der Bibel davon berichten, wovon sie Zeugen geworden sind, aber auch auf das Zeugnis der vielen bis herauf in unsere Zeit, die bezeugen, dass sie selbst erfahren haben, dass Gott Unvollendetes vollendet, Fragmentarisches „ganz macht“, Heilloses heilt. Die Kraft des Glaubens besteht in dieser performativen Kraft, mit der er in das Leben eines Menschen einbricht und es zugleich verändert - und gerade kein toter Buchstabe bleibt! Vielleicht liegt in dieser performativen Kraft des Glaubens aber auch seine Schwäche und Gefährdung: Er bleibt verwiesen auf Menschen, die bereit sind zu bezeugen, dass Gott erlösend in die Geschichte des Menschen einwirkt. Ist dieses Zeugnis der Weg, auf dem sich Erlösung geschichtlich Bahn bricht? Die Erlösung, die schon angebrochen ist, die aber erst durchbricht, wo sie im Zeichen des Zeugnisses menschliche Erfahrungen erlittener Unerlöstheit aufbricht? In einem - durchaus adventlichen - Bild ausgedrückt: Die Hoffnung, dass nach jeder noch so dunklen Nacht ein Morgen anbricht, hat den Schrecken der Nacht bereits gebrochen, noch vor Anbruch der Morgendämmerung. Vielleicht gehört dies mit zum Geheimnis der Menschwerdung des Sohnes Gottes, dass Christus sich nicht nur in seinem irdischen Leben ausgeliefert und preisgegeben hat - von der Nacktheit eines Säuglings bis hin zum gewaltsam erlittenen Verbrechertod -, sondern dass er dies auch in seiner Wiederkehr tut: Die Vollendung der von ihm gewirkten Erlösung bricht sich Bahn in dem Maße als Menschen, aller erfahrenen Sinnlosigkeit und Unerlöstheit zum Trotz, bereit sind zu bezeugen, dass die Welt erlöst ist. Sich so als Zeugen Christi „in Beschlag nehmen“ zu lassen, ist Lebensprogramm - nicht nur im Advent.

Martin M. Lintner OSM, geb. 1972 in Südtirol, Mitglied des Servitenordens; Studium der katholischen Theologie in Innsbruck, Wien und Rom; Promotion in Moraltheologie an der Universität Wien.

Machen Sie Ihre SchülerInnen fit für die Zukunft!



Wer im Beruf Erfolg haben will, muss wissen, wie die Wirtschaft funktioniert. Neben guten EDV-Kenntnissen ist dies mittlerweile eine der Schlüsselqualifikationen – und das gilt nicht nur für Selbstständige, sondern für jeden einzelnen Mitarbeiter im Betrieb.

Um vor allem die AHS-SchülerInnen noch besser auf ihre Zukunft und die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten, hat die WKO den Unternehmerführerschein geschaffen. Damit wird die hervorragende humanistische Ausbildung dieses Schultyps um fundiertes Wirtschaftswissen ergänzt.

www.unternehmerfuehrerschein.at

P.b.b.

Verlagspostamt 1120 Wien

GZ 02Z030491

Sponsoringpost, Erscheinungsort Wien

OFFENLEGUNG GEMÄß MEDIENGESETZ § 25 ABS. 4

Die viermal pro Jahr erscheinende „VCL News“ ist das Organ der „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“. Sie steht in ökumenischer Gesinnung auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung. Sie bezweckt, die Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen Österreichs in ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Weiterbildung, insbesondere in Fragen der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts, zu unterstützen.

Medieninhaber zu 100%: „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“

Bundesobmann: Dir. Mag. Walter Jahn, Harmoniegasse 8/19, 1090 Wien, E-Mail: vcl-oe@aon.at

Obmann-Stellvertreterin: OStR Mag. Gertraud Auer, E-mail: gertraudauer@gmx.at

Obmann-Stellvertreter: Dir. Mag. Johann Sohm,

E-mail: johann_sohm@utanet.at

Schriftführer: OStR. Mag. Wilfried Kößler

Kassier: Mag. Matthias Hofer

Medieninhaber (Verleger): „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“, Harmoniegasse 8/19, 1090 Wien

Schriftleiter, redaktionelle Gestaltung und für den Inhalt verantwortlich: Mag. Azevedo Weißmann, E-mail: annemarie.weissmann@chello.at

Zuschriften, Manuskriptsendungen und Anzeigen an den Schriftleiter. Für den Inhalt namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen ausschließlich die Verfasser die Verantwortung.

Hersteller: Druckerei Lischkar & Co., 1120 Wien, Migazziplatz 4. Verlags- und Herstellungsort: Wien

Anzeigenverwaltung: Stephanie Thaller, 1220 Wien, Bergengasse 3/19